

Inhalt

A. Bekanntmachungen des Landkreises		B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände	
34 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	201	127 Haushaltssatzung der Gemeinde Hilter a.T.W. für das Haushaltsjahr 2020	211
35 Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Bersenbrück, Osnabrück, Melle und Wittlage (Naturpark Nördl. Teutoburger Wald - Wiehengebirge) vom 12. Mai 1965 (Amtsblatt für den Regierungsbezirk Osnabrück, S. 64) im Gebiet der Samtgemeinde Bersenbrück, Gemeinde Eggermühlen vom 09. März 2020	202	128 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 102 „Westlich der Weststraße“ der Gemeinde Hilter a.T.W.	212
36 Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Osnabrück OS 50 („Wiehengebirge und Nördliches Osnabrücker Hügelland“) vom 28. Sep. 2009 im Gebiet der Stadt Bramsche, Ortsteil Pente vom 9. März 2020	205	129 Haushaltssatzung der Stadt Bersenbrück für das Haushaltsjahr 2020	213
37 Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Osnabrück, Bierstraße 28, 49074 Osnabrück, vertreten durch den Oberbürgermeister nachfolgend „Stadt“ genannt und dem Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, vertreten durch die Landrätin nachfolgend „Landkreis“ genannt über die Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Ausrüstung und Dienstleistungen im Rahmen der Corona-Pandemie	208	130 Haushaltssatzung der Gemeinde Eggermühlen für das Haushaltsjahr 2020	214
		131 Satzung über die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren für den Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde für die Wahlperiode 2021 bis 2026	215
		C. Sonstige Bekanntmachungen	
		10 Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Ev.-luth. St. Mauritius Kirchengemeinde in Dissen	216

A. Bekanntmachungen des Landkreises

34

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 2 G vom 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370) geprüft.

Aktenzeichen: 11-gla-02007-20
Antragsteller: Peter Grähler
Baugrundstück: Glandorf, Merscher Weg 1
Gemarkung: Schwege
Flur: 2
Flurstück(e): 165

Anlage nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Anzeige nach § 15 BImSchG über eine unwesentliche Änderung:
Errichtung einer Lagerhalle für Heu und Stroh (BE 17);
Haupt-Az.: 3254-08

Es war eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 Abs. 2 i.V.m. Nr. 7.7.3 der Anlage 1 des UVPG durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass aus folgenden Gründen die Durchführung einer UVP für das Vorhaben nicht erforderlich ist:

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des UVPG kann eine potentielle Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis

des Vorhabens vorhanden sind: Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach §§ 25, 26 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 BNatSchG, gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Es liegt somit insgesamt keine potentielle Betroffenheit vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, 22.04.2020

Landkreis Osnabrück
Der Landrat
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

Verordnung
zur Änderung der Verordnung zum Schutz von
Landschaftsteilen in den Landkreisen Bersenbrück,
Osnabrück, Melle und Wittlage (Naturpark Nördl.
Teutoburger Wald - Wiehengebirge) vom 12. Mai 1965
(Amtsblatt für den Regierungsbezirk Osnabrück, S. 64)
im Gebiet der Samtgemeinde Bersenbrück,
Gemeinde Eggermühlen vom 09. März 2020

Aufgrund des § 19 in Verbindung mit §§ 14, 31 und 45 Abs. 1 des Nieders. Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetzes vom 19. Feb. 2010 (Nds. GVBl. S. 104), zuletzt geändert durch Art. 3, § 21 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88), wird verordnet:

§ 1

Im Gebiet der Gemeinde Eggermühlen wird die Grenze des Geltungsbereiches der Verordnung vom 12. Mai 1965 über das Landschaftsschutzgebiet "Naturpark Nördl. Teutoburger Wald - Wiehengebirge" entsprechend der Eintragung in den Detailkarten (Maßstab 1 : 5.000) neu festgelegt.

Als Landschaftsschutzgebietsgrenzen entlang von Straßen und Wegen gilt die jeweils dem Schutzgebiet zugewandte Straßen-Wegebegrenzung; entlang von Geländestufen jeweils die Unterkante der nach außerhalb des Landschaftsschutzgebietes abfallenden Geländestufen bzw. die Oberkante der nach außerhalb des Landschaftsschutzgebietes steigenden Geländestufen; entlang von Gewässern jeweils die Böschungsoberkante zuzüglich 20 m der dem Landschaftsschutzgebiet abgewandten Seite des Gewässers.

§ 2

Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung, die im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück veröffentlicht ist.

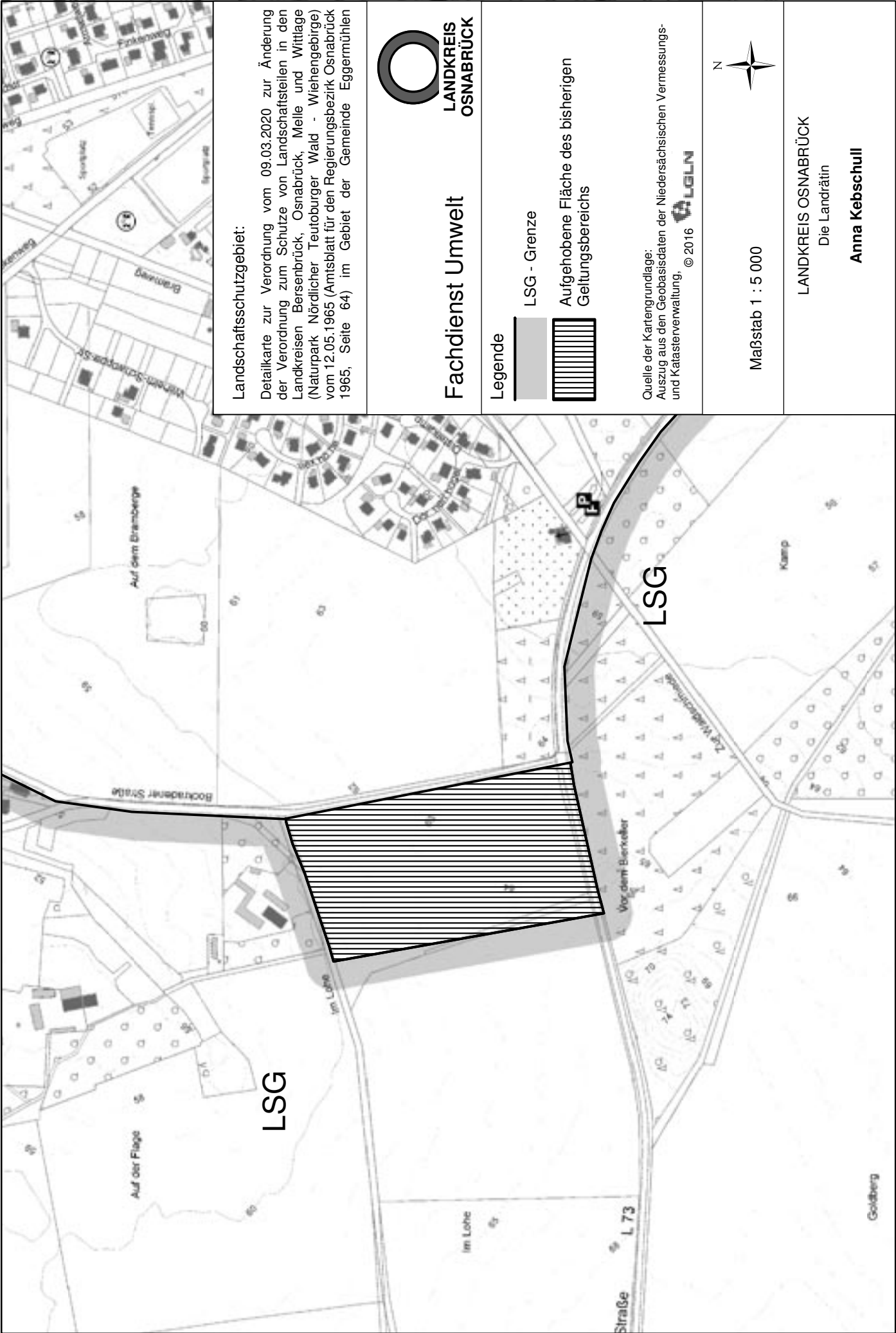
Die Verordnung und die Karten liegen vom Zeitpunkt der Bekanntmachung an beim Landkreis Osnabrück - untere Naturschutzbehörde - während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus. Eine weitere Ausfertigung kann bei der Samtgemeinde Bersenbrück während der Dienststunden eingesehen werden. Die Einsichtnahme ist kostenfrei.

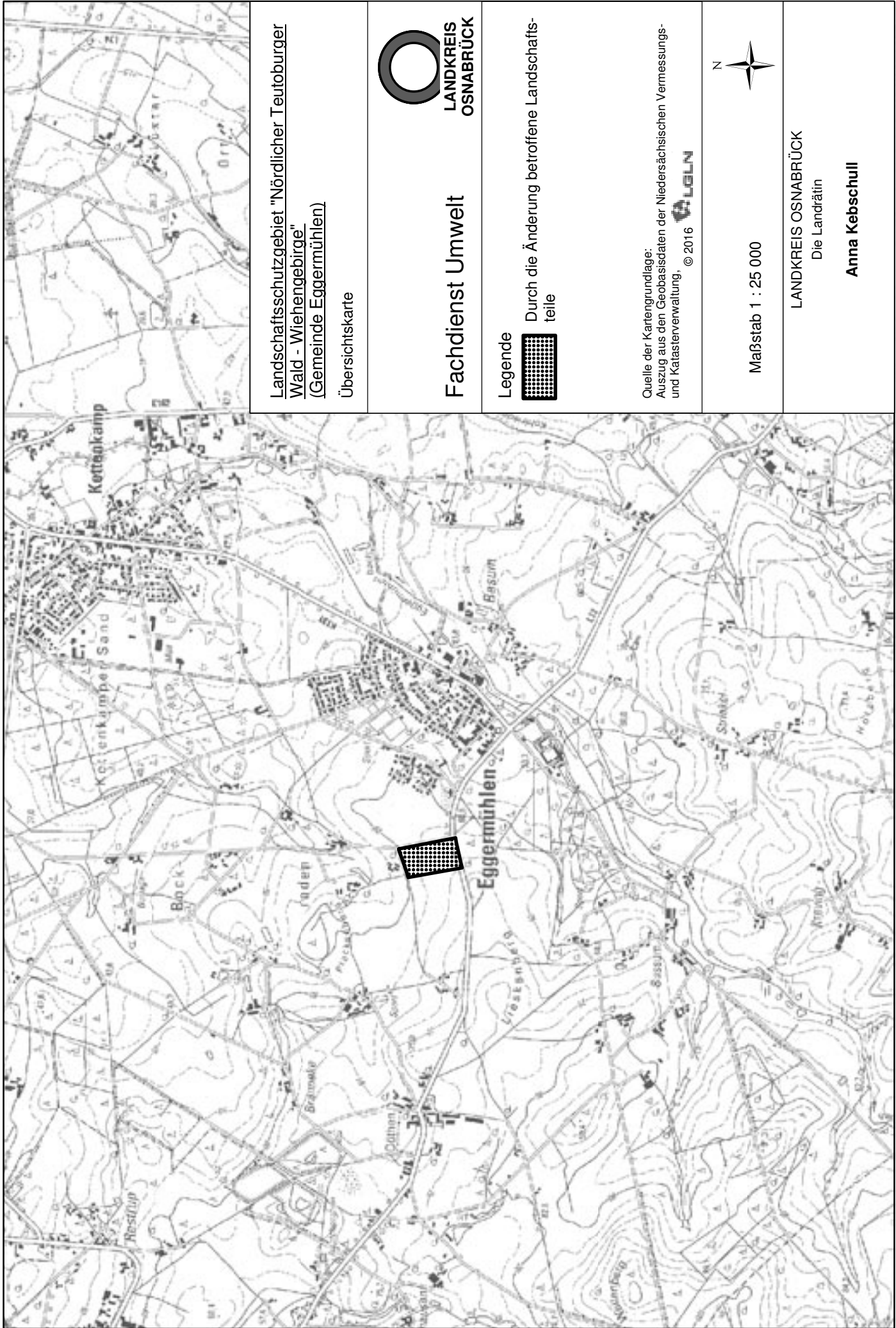
§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft.

Osnabrück, den 23.04.2020

Landkreis Osnabrück
 Anna Kebschull
 (Landrätin)





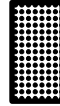
Landschaftsschutzgebiet "Nördlicher Teutoburger Wald - Wiehengebirge"
(Gemeinde Eggermühlen)
Übersichtskarte



LANDKREIS
OSNABRÜCK

Fachdienst Umwelt

Legende



Durch die Änderung betroffene Landschafts-
teile

Quelle der Kartengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung, © 2016 



Maßstab 1 : 25 000

LANDKREIS OSNABRÜCK
Die Landrätin

Anna Kebschull

Verordnung
zur Änderung der Verordnung zum Schutz von
Landschaftsteilen im Landkreis Osnabrück OS 50
(„Wiehengebirge und Nördliches Osnabrücker
Hügelland“) vom 28. Sep. 2009 im Gebiet der
Stadt Bramsche, Ortsteil Pente
vom 9. März 2020

Aufgrund des § 19 in Verbindung mit §§ 14, 31 und 45 Abs. 1 des Nieders. Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetzes vom 19. Feb. 2010 (Nds. GVBl. S. 104), zuletzt geändert durch Art. 3, § 21 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88), wird verordnet:

§ 1

Im Gebiet der Stadt Bramsche wird die Grenze des Geltungsbereiches der Verordnung vom 28. Sep. 2009 über das Landschaftsschutzgebiet OS 50 „Wiehengebirge und Nördliches Osnabrücker Hügelland“ entsprechend der Eintragung in den Detailkarten (Maßstab 1 : 5.000) neu festgelegt.

Als Landschaftsschutzgebietsgrenzen entlang von Straßen und Wegen gilt die jeweils dem Schutzgebiet zugewandte Straßen-Wegebegrenzung; entlang von Geländestufen jeweils die Unterkante der nach außerhalb des Landschaftsschutzgebietes abfallenden Geländestufen bzw. die Oberkante der nach außerhalb des Landschaftsschutzgebietes steigenden Geländestufen; entlang von Gewässern jeweils die Böschungsoberkante zuzüglich 20 m der dem Landschaftsschutzgebiet abgewandten Seite des Gewässers.

§ 2

Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung, die im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück veröffentlicht ist.

Die Verordnung und die Karten liegen vom Zeitpunkt der Bekanntmachung an beim Landkreis Osnabrück - untere Naturschutzbehörde - während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus. Eine weitere Ausfertigung kann bei der Stadt Bramsche während der Dienststunden eingesehen werden. Die Einsichtnahme ist kostenfrei.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft.

Osnabrück, den 23.04.2020

Landkreis Osnabrück
 Anna Kebschull
 (Landrätin)

Zweckvereinbarung

zwischen

**der Stadt Osnabrück, Bierstraße 28, 49074 Osnabrück,
vertreten durch den Oberbürgermeister
nachfolgend „Stadt“ genannt
und**

**dem Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1,
49082 Osnabrück,
vertreten durch die Landrätin
nachfolgend „Landkreis“ genannt**

über

**die Zusammenarbeit bei der Beschaffung von
Ausrüstung und Dienstleistungen im Rahmen
der Corona-Pandemie**

Präambel

Im Rahmen der Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung der Erkrankung an COVID-19 ist die Beschaffung von Materialien zum Infektionsschutz, wie z.B. persönliche Schutzausrüstung, Desinfektionsmitteln u.ä. erforderlich. Durch das angespannte Marktumfeld soll im Rahmen dieser Zweckvereinbarung die Versorgung von Gesundheitseinrichtungen im Gebiet der Stadt und des Landkreises sowie die Deckung der notwendigen Eigenbedarfe von Stadt und Landkreis gesichert bzw. die Folgen einer evtl. auftretenden Mangelversorgung an diesen Materialien abgemildert bzw. entgegengewirkt werden.

§ 1

Inhalt und Umfang der Zusammenarbeit

- (1) Die Stadt und der Landkreis arbeiten bei der Beschaffung, der Bestandsverwaltung und der sach- und bedarfsge- rechten Verteilung von konsumtivem Material zusammen, welches für die Einhaltung der Bestimmungen des Infekti- onsschutzes zur Eindämmung von COVID-19 in der Stadt und im Landkreis Osnabrück kurzfristig erforderlich ist. Die einzelnen Schritte der Zusammenarbeit sind in der als An- lage 1 beigefügten Übersicht dargestellt.
- (2) Der Landkreis überträgt mit dieser Vereinbarung die Ab- wicklung der in seinem Zuständigkeitsbereich anfallenden bzw. dort ausgelösten einzelnen Bestellungen und die Verteilung und Abrechnung der einzelnen Lieferungen von Materialien pp. auf die Stadt. Dies bedeutet, dass im Rechtsverkehr mit den Lieferanten, Dienstleistern und Ab- nehmern sowie bei der Abwicklung des entsprechenden Zahlungsverkehrs nach außen stets nur die Stadt auftritt. In diesem Zusammenhang beauftragt die Stadt einen ex- ternen Logistikdienstleister mit Warenannahme, Lagerung, Distribution und Auslieferung der Waren.
- (3) Der Landkreis unterstützt die Stadt mit eigenem Personal (siehe § 3).

§ 2 Budget, Abrechnung

- (1) Die Stadt Osnabrück und der Landkreis haben jeweils im Rahmen einer Außerplanmäßigen Ausgabe ein Budget i.H.v. 20,0 Mio. EUR für die Beschaffungen von Sach- und Dienstleistungen im Rahmen der Corona Pandemie zur Verfügung gestellt bekommen. Dieses Budget darf durch die handelnden Personen nicht überschritten werden. Zur Ermittlung des noch zur Verfügung stehenden Rahmens werden den bereits getätigten Auszahlungen, die erwirt- schafteten Einzahlungen, sobald diese rechtsverbindlich zugesagt sind, d.h. in Rechnung gestellt sind, gegenge- rechnet („unechte Deckungsfähigkeit“).
- (2) Die Stadt erteilt im Rahmen des vorgenannten Budgets Aufträge, die dann mit dem Landkreis abgerechnet wer- den.
- (3) Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen soll der Land- kreis der Stadt insbesondere bei größeren Bestellungen Abschläge auf zu erwartende Abrechnungen auszahlen.

§ 3

Standort, Personal, Informations- und Mitwirkungsrechte, Haftungsfragen

- (1) Die Stadt richtet für die Durchführung der Beschaffungen etc. nach dieser Vereinbarung eine Geschäftsstelle in den Räumlichkeiten des Katastrophenstabes „S 4 Beschaf- fung“ der Stadt ein.
- (2) In der Geschäftsstelle nach Abs. 1 arbeiten Bedienstete der Stadt ergänzt um Bedienstete des Landkreises. Beide Seiten stellen hierfür geeignetes Personal in angemesse- ner Zahl bezogen auf die jeweilige Entwicklung der Pan- demie-Lage zur Verfügung.
- (3) Es finden regelmäßige Abstimmungen/Besprechungen zwischen den zuständigen Stellen des Landkreises und der Stadt statt. Der Landkreis ist darüber hinaus berech- tigt, jederzeit aktuelle Informationen bzgl. der Beschaffun- gen zu erhalten und für die eigene Arbeit (z.B. für: Informa- tion der Verwaltung, Information der Politik, Öffentlich- keitsarbeit) zu nutzen.
- (4) Die Kosten für das jeweils eingesetzte Personal tragen die jeweiligen Körperschaften selbst. Hinsichtlich möglicher Sachkosten wird vereinbart, dass diese nicht abgerechnet werden, da eine genaue Ermittlung im Hinblick auf die zu erwartende Kostenhöhe zu aufwändig und damit nicht wirtschaftlich darstellbar wäre.
- (5) Jede Körperschaft haftet nur für das vorsätzliche bzw. grob fahrlässige Handeln der von Ihnen eingesetzten Per- sonen. Eine weitergehende Haftung wird gegenseitig aus- geschlossen.

§ 4

Einbeziehung Dritter

Vor dem Hintergrund, dass es sowohl in der Stadt als auch im Landkreis eine größere Zahl von medizinischen Einrichtungen und anderen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen gibt, ist es zulässig, auch Mitarbeiter aus den Einkaufsabteilungen pp.

der jeweiligen Einrichtungen in die Einkaufsprozesse beratend mit einzubinden, nicht zuletzt auch, um deren fachliche Expertise zu den erhaltenen Angeboten nutzen zu können.

Die so einbezogenen Dritten haben keine Entscheidungskompetenzen im Rahmen dieser Zweckvereinbarung; sie können insbesondere keine Bestellungen auslösen.

§ 5

Bedarfsermittlung, Bestellung und Verteilung

- (1) Es findet eine gemeinsame Bedarfsermittlung durch Stadt und Landkreis statt.
- (2) Auf der Basis der Bedarfsermittlung nach Abs. 1 erfolgt eine Preisermittlung (Angebotsabfrage). Bevor danach die endgültige Bestellung ausgelöst wird, ist für jede Vereinbarungspartei durch die jeweiligen Mitarbeiter nach § 3 Abs. 2 dieser Vereinbarung sicherzustellen, dass die jeweiligen internen Vorgaben des betreffenden Vereinbarungspartners (insbesondere: Entscheidungszuständigkeit bzgl. der Wertgrenzen, Einhaltung des Budgets) eingehalten werden. Sofern die Mitarbeiter nach § 3 Abs. 2 die Zustimmung des jeweiligen Vereinbarungspartners bestätigt haben, kann die Bestellung ohne eine weitergehende Prüfung oder Nachfrage durch die Stadt ausgelöst werden.
- (3) Die Verteilung der tatsächlich gelieferten und damit effektiv vorhandenen Materialien erfolgt über eine Priorisierung nach sachgerechten Kriterien im Sinne einer sog. „Mangelverwaltung“ durch Stadt und Landkreis gemeinsam.

Grundsätzlich ist dabei nach folgender Priorisierung vorzugehen:

Priorität 1

Verteilung bestellter Mengen an Corona Kliniken (CK), Rettungsdienste (RD) und weitere Direktbesteller; danach an stationäre und ambulante Einrichtungen mit Corona-Patienten. Corona Kliniken (CK) sind die Krankenhäuser, die sich in Stadt und Landkreis schwerpunktmäßig auf die Behandlung von Covid19-Patienten mit Intensivbehandlungskapazitäten konzentrieren. Stadt und Landkreis legen im gegenseitigen Einvernehmen die Corona Kliniken fest.

Priorität 2 – bei verbleibender Restmenge nach 1. Priorität Bildung von zwingend notwendigen Reserven.

Priorität 3 – bei verbleibender Restmenge nach 2. Priorität Angebot an alle CK, RD und Gesundheitseinrichtungen, jedoch bei bevorzugter Berücksichtigung von CK und RD.

Priorität 4 – bei verbleibender Restmenge nach 3. Priorität Gesundheitseinrichtungen, die sich an der Bedarfs-Umfrage beteiligt haben.

Priorität 5 – bei verbleibender Restmenge nach 4. Priorität Gesundheitseinrichtungen, die sich nicht an der Bedarfs-Umfrage beteiligt haben.

- (4) Übersteigt in der jeweiligen Prioritätsstufe der gemeldete /bestellte Bedarf die tatsächlich gelieferten und damit verfügbaren Materialien, so werden die jeweils abzugebenden Mengen anhand einer Quote (Verhältnis der angegebenen Bedarfe zu den tatsächlichen Beständen) im Hinblick auf die Bestellung abgegeben.

- (5) Im gegenseitigen Einvernehmen können Stadt und Landkreis im Einzelfall eine von Abs. 3 bzw. Abs. 4 abweichende Regelung treffen.

§ 6

Zuständige Stelle für Bestellungen

Die zuständige Stelle für Bestellungen nach dieser Zweckvereinbarung ist der S4 beim Krisenstab der Stadt Osnabrück.

§ 7

Prüfungsrecht des RPA

- (1) Für die Rechnungsprüfung ist das Rechnungsprüfungsamt der Stadt zuständig.
- (2) Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises kann sich jederzeit beim Rechnungsprüfungsamt der Stadt über die Prüfergebnisse informieren. Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises hat ein umfassendes Akteneinsichts- und Auskunftsrecht bzgl. aller im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung und ihrer Durchführung stehenden Unterlagen.
- (3) Das Prüfungsrecht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises erstreckt sich auf die seitens der Stadt Osnabrück geltend gemachten Abschläge sowie der Endabrechnung gegenüber dem Landkreis Osnabrück.

§ 8

Kündigung

- (1) Diese Vereinbarung wird zunächst bis zum Ablauf des 30.09.2020 fest abgeschlossen. Die ordentliche Kündigung dieser Vereinbarung ist bis zu diesem Zeitpunkt ausgeschlossen.
- (2) Diese Vereinbarung verlängert sich automatisch um jeweils 1 Monat, wenn sie nicht mit einer Frist von 1 Woche zum jeweiligen Laufzeitende gekündigt wird. Die Kündigung kann nur in Textform (z.B. Brief, E-Mail) erfolgen.
- (3) Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grunde (außerordentliche Kündigung) bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt und richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

§ 9

Folgen der Vertragsbeendigung

- (1) Bei Beendigung dieser Vereinbarung nach § 8 wird ermittelt, welche Bestände an Material etc. noch vorhanden sind und welche finanziellen Forderungen und Verpflichtungen bzw. Überschüsse noch bestehen.
- (2) Sofern noch Materialien vorhanden sind, die Stadt und/oder Landkreis für eigene Zwecke benötigen, so haben sie hierauf ein Zugriffsrecht gegen Berechnung der jeweiligen Kosten aus Basis des dann ermittelten Durchschnittspreises.

- (3) Sofern bei Beendigung dieser Vereinbarung Materialien übrig bleiben, für die sich kein Interessent findet, so teilen sich Stadt und Landkreis diese Materialien hälftig.
- (4) Sofern bei Beendigung dieser Vereinbarungen noch tatsächlich realisierte Überschüsse oder Fehlbeträge zu verzeichnen sind, so teilen sich Stadt und Landkreis diese Beträge unter Berücksichtigung gezahlter Abschläge ebenfalls hälftig. Forderungen, die dann noch seitens der Stadt gegenüber Dritten bestehen, macht die Stadt geltend. Sofern sich hieraus Streitfragen ergeben, teilen sich Stadt und Landkreis die für die Rechtsdurchsetzung entstehenden Kosten hälftig.

§ 10

Anzeige, Bekanntmachung, Inkrafttreten

- (1) Stadt und Landkreis verpflichten sich, den Abschluss dieser Vereinbarung gemäß § 2 Abs. 5 S. 1 NKGZ unverzüglich der zuständigen Aufsichtsbehörde anzuzeigen.
- (2) Stadt und Landkreis verpflichten sich, unverzüglich die notwendigen Schritte zur öffentlichen Bekanntmachung dieser Vereinbarung gemäß § 5 Abs. 6 S. 1 NKGZ einzuleiten.
- (3) Diese Zweckvereinbarung tritt am Tage nach der letzten Bekanntmachung in Kraft (§ 5 Abs. 6 S. 2 NKGZ).

§ 11

Schlussbestimmungen

- (1) Ergänzungen oder Änderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.
- (2) Nebenabreden bestehen nicht.
- (3) Sollten gegenwärtige oder zukünftige Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass diese Vereinbarung eine Lücke enthält. An Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vereinbarungsparteien gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss dieser Vereinbarung den Punkt bedacht hätten. Dies gilt auch dann, wenn die Unwirksamkeit einer Bestimmung etwa auf einem in dieser Vereinbarung normierten Maß der Leistung oder Zeit (Frist, Termin) beruht; es tritt in solchen Fällen ein dem Gewollten möglichst nahekommendes, rechtlich zulässiges Maß der Leistung oder Zeit an die Stelle des Vereinbarten.

Osnabrück, 15.04.2020

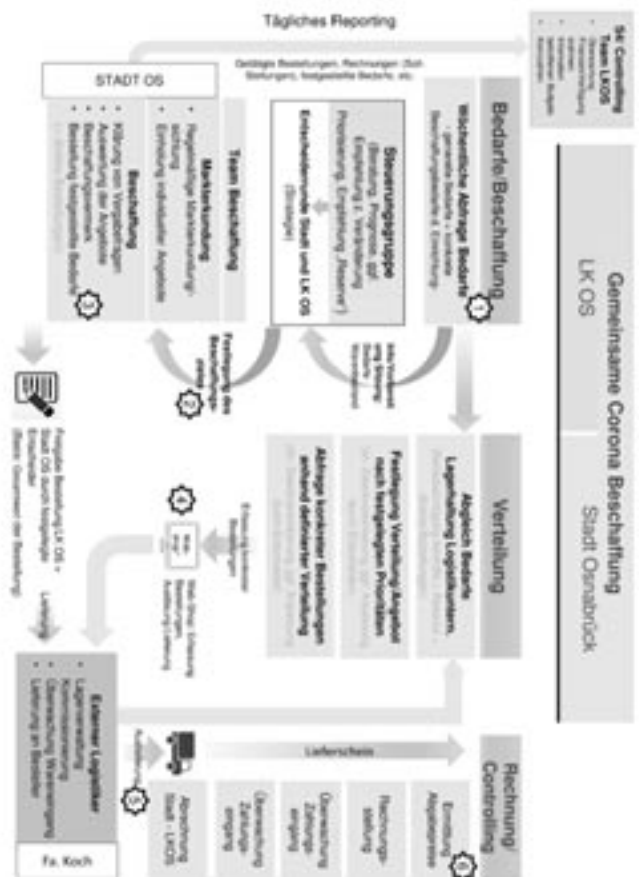
Osnabrück, 15.04.2020

Stadt Osnabrück
Der Oberbürgermeister
Griesert

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
Kebbschull

Anlage:

Zu § 1 Abs. 1: Ablaufplan Beschaffung



- Entscheidungsrunde:**
- Paritätische Besetzung Stadt und Landkreis Osnabrück
 - Tägungstermin aktuell 3 x wöchentlich
- Steuerungsgruppe:**
- Besetzung:
 - Treffen möglichst dienstags um die wöchentlichen Bedarfsmeldungen zu kennen und damit Empfehlungen für die Entscheidungsrunde hinsichtlich des Beschaffungszieles geben zu können
 - nicht entscheidungsbefugt, arbeitet Empfehlungen für die Entscheidungsrunde
- Bedarfsabfrage:**
- wöchentliche Abfrage (vorausichtlich Donnerstagsmorgen mit Frist 2 Tagen) an alle Einrichtungen von Stadt und Landkreis Osnabrück (Stad. Pflegeeinrichtungen, Amb. Pflegeeinrichtungen, Rettungsdienst, bei Bedarf erweiterbar) über eine SQL Datenbank (Meldung von Beständen und Bedarfen)
 - Krankenkassen und Rettungsdienste erhalten eine gesonderte Abfrage
 - Aus der Abfrage ergibt sich der Gesamtbedarf, dem jeweils der Warenbestand gegenübergestellt wird.
 - Durch die Steuerungsgruppe erfolgt darauf aufbauend eine Bewertung im Hinblick auf die folgenden Fragen:

127

Haushaltssatzung der Gemeinde Hilter a.T.W. für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Hilter a.T.W. in der Sitzung am 19. März 2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	17.441.000,- €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	16.524.500,- €
1.3	der außerordentlichen Erträge	0,- €
1.4	der außerordentlichen Aufwendung auf	0,- €

2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	16.518.100,- €
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.831.000,- €
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	1.097.300,- €
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	4.865.200,- €
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0,- €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	466.000,- €

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag	
- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	17.615.400,- €
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	20.162.200,- €

Der Wirtschaftsplan der Gemeindewerke Hilter a.T.W. für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	2.260.900,- €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	2.199.200,- €
1.3	der außerordentlichen Erträge	0,- €
1.4	der außerordentlichen Aufwendung auf	0,- €

2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.156.700,- €
-----	---	---------------

2 Festlegung Beschaffungsziel

- Die Steuerungsinstrumente versuchen auf Basis des festgestellten Gesamtbedarfs pro Woche eine mehrwöchige Bedarfsprognose zu erstellen.
 - Prognose: Was beschaffen können wir?
 - Prognose: Wie ermitteln wir die Faktoren und Bedarfe (Ermittlung des Prognosewerts, 200 Wochen)?
 - Prognose: Wie ermitteln wir die Beschaffungszeiten?
 - Prognose: Für welchen Zeitraum sollte überhaupt noch beschafft werden?
- Als Ergebnis wird der Beschaffungsplan als strategische Beschaffungsziel vorgeschlagen. Die konkrete Festlegung des Beschaffungszieles erfolgt in der Entscheidungsrunde.
- Hinweis: Die Konzeption einer solchen Prognoseentscheidung (Entscheidungsfindung) wird durch S4 von Stadt und LK OS zusammen erarbeitet.

3 Beschaffung

- Die Beschaffungen orientieren sich an dem strategischen Beschaffungsziel.
- Vor einer Bestellung werden die Kriterien (Priorität 1) immer noch einmal auf ihren konkreten Bedarf angesprochen. Sie haben dann die Möglichkeit als direkter Besteller zu agieren.
- Es wird ein einheitlicher Beschaffungswerkzeug für die Entscheidung erstellt, der mind. folgende Informationen enthält.
 - Bewertung des Preises im Verhältnis zum aktuell aktuellen Marktpreis
 - Bewertung des Logistikkosten
 - Bewertung der Lieferzeit
 - Bewertung der Zahlungsziele
 - Bewertung des Bestandes (Dringlichkeit)
 - Gesamtwert
 - Hinweis auf ausreichenden Verfügungsraum
- Die konkrete Beschaffung ist jeweils von Stadt und LK OS von zuvor festgelegten Entscheidern freizugeben.

- Die Bestellung erfolgt durch die Stadt.
- Alle Bestellungen werden in einer Liste erfasst und im Hinblick auf Liefertermine und Bedarfe im Antragsystem bearbeitet. Diese Liste wird dem LKOS täglich im Rahmen des täglichen Reportings über eine Cloud zur Verfügung gestellt.

4 Web-Shop

- Alle konkreten Bestellungen (sowohl direkte Bestellungen als auch Bestellungen auf Basis der festgelegten Verteilung) werden im Web-Shop der Fa. Koch erfasst. Darüber hinaus werden alle Lieferungen erfasst, um jederzeit Aussagen über den tatsächlichen Warenbestand geben zu können. Der Web-Shop dient damit der Erfassung von Bestellungen und Lieferungen, gleichzeitig aber auch der Koordination der Auslieferungen.

5 Lieferung

- Die Fa. Koch ist immer über die Lieferung zu informieren.
- Sobald die Lieferung bei der Fa. Koch eingegangen ist, erfolgt durch die Gemeindefirma Beschaffungsstelle die Erfassung der Lieferung im Web-Shop.
- Auf Basis der Lieferschein an die Einrichtungen erfolgt im Anschluss die Abrechnung.

6 Abgabepreise/Logistikskosten

- Direktbesteller werden die konkreten Kosten der Beschaffung in Rechnung gestellt.
- Den sonstigen Bestellern wird die Ware auf Basis eines Durchschnittswertes angeboten und anschließend zzgl. eines Logistikaufschlages in Rechnung gestellt.
- Waren vom Land werden 1,- € weitergegeben.
- Logistikaufschlag: Warenwert unter 300 € = 15,- € pro Bestellung; Warenwert über 300 € = 30,- € pro Bestellung

2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.728.500,- €
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	75.000,- €
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	600.500,- €
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	345.000,- €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	295.000,- €

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag	
- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	2.576.700,- €
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	2.624.000,- €

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Finanzhaushalt der Gemeinde Hilter a.T.W. werden nicht festgesetzt. Im Finanzhaushalt der Gemeindewerke Hilter a.T.W. werden Darlehensaufnahmen i.H.v. 345.000,- € veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000 Euro festgesetzt.

Für die Sonderkasse der Gemeindewerke Hilter a.T.W. wird der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2020 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, auf 300.000,- € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	330 v. H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)	345 v. H.
2. Gewerbesteuer	370 v. H.

Hilter a.T.W., 20. März 2020

Schewski
Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

- 2.1 Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
- 2.2 Die nach § 120 Abs. 2 und 130 erforderliche Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Osnabrück wurde am 17.04.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 – 2020/000126 Tsch erteilt.
- 2.3 Der Haushaltsplan liegt nach § 114 II S. 3 NKomVG vom 24.04.2020 bis zum 08.05.2020 zur Einsichtnahme im Rathaus der Gemeinde Hilter a.T.W., Osnabrücker Str. 1, 49176 Hilter a.T.W., Zimmer 108/109, in der Zeit von 8.00 - 12.00 Uhr von montags bis freitags sowie montags von 14.00 - 16.30 Uhr und donnerstags von 14.00 - 18.00 Uhr öffentlich aus. Nach Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück wird der Haushaltsplan erneut für eine Dauer von sieben Tagen öffentlich ausgelegt.

Aufgrund der derzeitigen Covid-19 Pandemie wird darum gebeten, vor Einsichtnahme in den Haushaltsplan telefonisch oder per E-Mail (Herr Sommer, 05424/2318-29, sommer@hilteratw.de) einen Termin zu vereinbaren.

Hilter a.T.W., 20.04.2020

Schewski
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 9, 15. Mai 2020

128

Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 102 „Westlich der Weststraße“ der Gemeinde Hilter a.T.W.

Der Rat der Gemeinde Hilter a.T.W. hat in seiner Sitzung am 19.03.2020 den Bebauungsplan Nr. 102 „Westlich der Weststraße“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung sowie den textlichen Festsetzungen, dem Fachbeitrag Schallschutz und der gutachterlichen Stellungnahme zu den Baugrund- und Grundwasserverhältnissen und der Versickerung des anfallenden Regenwassers, gemäß §§ 2 I und 10 I BauGB in der zurzeit gültigen Fassung und den §§ 10 und 58 II Nr. 2 NKomVG in der zurzeit gültigen Fassung beschlossen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgte gem. § 13b BauGB im beschleunigten Verfahren. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach §§ 3 I und 4 I BauGB sowie der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 IV BauGB wurde gem. § 13b BauGB i. V. m. § 13a BauGB abgesehen.

Der Geltungsbereich liegt am westlichen Ortsrand von Hilter und befindet sich nördlich der Münsterstraße und westlich der Weststraße. Im nördlichen Bereich grenzt ein Spargelhof an, westlich des Geltungsbereiches grenzen landwirtschaftliche Flächen an.

Der Bereich befindet sich in der Gemarkung Hilter, Flur 7, Flurstück 94/8 sowie in Teilbereichen der Flurstücke 94/11, 94/12 und 89/5 und hat eine Größe von 0,64 ha.

Die genaue Lage ist aus der nachstehenden Übersichtskarte ersichtlich:



Der Bebauungsplan Nr. 102 „Westlich der Weststraße“ und die dazugehörige Begründung samt Anlagen können ab sofort im Rathaus der Gemeinde Hilter a.T.W., Zimmer 102, Osnabrücker Straße 1, 49176 Hilter a.T.W. von jedermann eingesehen werden. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 102 „Westlich der Weststraße“ gem. § 10 BauGB in Kraft.

Unbeachtlich werden nach § 215 des Baugesetzbuches:

1. beachtliche Verletzungen der in § 214 I 1 Nr. 1-3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. beachtliche Verletzungen der Vorschriften des § 214 II BauGB über das Verhältnis des Bebauungsplanes zum Flächennutzungsplan und
3. beachtliche Mängel nach § 214 III BauGB des Abwägungsvorschlages,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hilter a.T.W. geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Sollten sich aufgrund der Festsetzungen des o.g. Bebauungsplanes Entschädigungsansprüche herleiten lassen, wird auf

die Vorschrift des § 44 III 1 und 2 BauGB sowie dem § 44 IV BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche von durch den Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen sowie über Fälligkeit und Erlöschen der Entschädigungsansprüche hingewiesen.

Hilter a.T.W., den 15.04.2020

Gemeinde Hilter a.T.W.
Der Bürgermeister
Marc Schewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 9, 15. Mai 2020

129

Haushaltssatzung der Stadt Bersenbrück für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt Bersenbrück in der Sitzung am 12.03.2020 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	12.132.300 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	11.842.000 €
<i>Überschuss aus ordentlichem Ergebnis</i>	290.300 €
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	965.000 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
<i>Überschuss aus außerordentlichem Ergebnis</i>	965.000 €

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.986.600 €
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.975.400 €
2.3 der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.433.600 €
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	2.383.300 €
2.5 der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0 €
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	888.400 €

festgesetzt.

Nachrichtlich Gesamtbeträge:

<i>der Einzahlungen des Finanzhaushaltes</i>	13.420.200 €
<i>der Auszahlungen des Finanzhaushaltes</i>	13.247.100 €
<i>Finanzmittelüberschuss 2020</i>	173.100 €

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden im Haushaltsjahr 2020 nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|--|----------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 380 v.H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 380 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer | 395 v.H. |

§ 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 25.000 € nicht übersteigen.

§ 7

Die Notwendigkeit einer Nachtragshaushaltssatzung im Sinne des § 115 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG ist gegeben, wenn sich Mehraufwendungen ergeben, die im Einzelfall 5 v.H. der Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushaltes übersteigen. Gleiches gilt für Mehrauszahlungen in Bezug auf die Gesamtauszahlungen des Finanzhaushaltes.

§ 8

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher Bedeutung im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird auf 500.000 € festgesetzt.

Stadt Bersenbrück
Der Bürgermeister
Klütsch

Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2020

Vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Gemäß §§ 119 Abs. 4 und 122 Abs. 2 Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) ist die für § 4 (Höchstbetrag Liquiditätskredite) der Haushaltssatzung erforderliche Genehmigung durch den Landkreis Osnabrück am 22.04.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 18.05. bis zum 28.05.2020 zur Einsichtnahme in der

Stadtverwaltung, Markt 4 - 6, 49593 Bersenbrück, während der Dienststunden öffentlich aus.

Darüber hinaus kann der Haushaltsplan im Internet eingesehen werden unter <https://www.bersenbrueck.de/staticsite/staticsite.php?menuid=3102&topmenu=2999>.

Bersenbrück, den 23.04.2020

Stadt Bersenbrück
Der Bürgermeister
Klütsch

Nachtrag zum Veröffentlichungshinweis:

Alle Interessierten, die die Haushaltssatzung 2020 einsehen möchten, setzen sich bitte mit der Stadt Bersenbrück, Tel. (05439) 60294-660, Mail stadtverwaltung@bersenbrueck.de, in Verbindung.

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 9, 15. Mai 2020

130

Haushaltssatzung der Gemeinde Eggermühlen für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Eggermühlen in der Sitzung am 26.03.2020 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	1.544.400 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	1.535.600 €
Überschuss aus ordentlichem Ergebnis	8.800 €
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	88.900 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	121.500 €
Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis	-32.600 €
Jahresergebnis	-23.800 €

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.298.000 €
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.169.500 €
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	871.400 €
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	1.469.100 €
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	597.700 €
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	157.800 €

festgesetzt.

Nachrichtlich Gesamtbeträge	
- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	2.767.100 €
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	2.796.400 €
Finanzmitteldefizit 2020	-29.300 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 597.700,00 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 400 v.H.
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) 400 v.H.
2. Gewerbesteuer 400 v.H.

§ 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 5.000 € nicht übersteigen.

§ 7

Die Notwendigkeit einer Nachtragshaushaltssatzung im Sinne des § 115 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG ist gegeben, wenn sich Mehraufwendungen ergeben, die im Einzelfall 5 v.H. der Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushaltes übersteigen. Gleiches gilt für Mehrauszahlungen in Bezug auf die Gesamtauszahlungen des Finanzhaushaltes.

§ 8

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher Bedeutung im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird auf 70.000,00 EUR festgesetzt.

Eggermühlen, den 28.04.2020

Der Bürgermeister
Frerker

Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2020

Vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Gemäß § 120 Abs. 2

und § 122 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) ist die für § 2 (Kreditermächtigung) und § 4 (Höchstbetrag der Liquiditätskredite) der Haushaltssatzung erforderliche Genehmigung durch den Landkreis Osnabrück am 24.04.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 18. bis 28.05.2020 zur Einsichtnahme im Gemeindebüro der Gemeinde Eggermühlen, Von-Boeselager-Platz 2, 49577 Eggermühlen, während der Dienststunden öffentlich aus.

Darüber hinaus kann der Haushaltsplan im Internet eingesehen werden unter <https://www.bersenbrueck.de/staticsite/staticsite.php?menuid=3103&topmenu=2993>

Eggermühlen, den 28.04.2020

Gemeinde Eggermühlen
Der Bürgermeister
Frerker

Nachtrag zum Veröffentlichungshinweis:

Alle Interessierten, die die Haushaltssatzung 2020 einsehen möchten, setzen sich bitte mit der Gemeinde Eggermühlen, Telefon 05462/74060, Mail info@eggermuehlen.de, in Verbindung.

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 9, 15. Mai 2020

131

Satzung **über die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen** **und Ratsherren für den Rat der** **Gemeinde Bad Rothenfelde** **für die Wahlperiode 2021 bis 2026**

Aufgrund der §§ 10 und 46 Abs. 4, 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. März 2019 (Nds. GVBl. S. 70) hat der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde in seiner Sitzung am 28.04.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren für den Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde wird für die Wahlperiode 2021 bis 2026 gegenüber der nach § 46 Abs. 1 NKomVG vorgesehenen Zahl um 2 verringert.

§ 2

Diese Satzung tritt am 30.04.2020 in Kraft.

Bad Rothenfelde, 29.04.2020

Gemeinde Bad Rothenfelde
Klaus Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 9, 15. Mai 2020

Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Ev.-luth. St. Mauritius Kirchengemeinde in Dissen

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) und § 30 der Friedhofsordnung hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. St. Mauritius Kirchengemeinde Dissen für den Friedhof in Dissen am 20.03.2020 folgende Friedhofsgebührenordnung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen der Friedhofsverwaltung werden Gebühren nach dieser Gebührenordnung erhoben.

§ 2 Gebührenschildner

- (1) Gebührenschildner der Benutzungsgebühr ist
 1. wer die Bestattung oder sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Ordnung beantragt oder durch ihm zurechenbares Verhalten ausgelöst hat,
 2. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
 3. wer die Gebührenschild gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschild eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Gebührenschildner der Verwaltungsgebühr ist
 1. wer die Verwaltungshandlung veranlasst oder in wesen Interesse sie vorgenommen wird,
 2. wer die Gebührenschild gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschild eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (3) Mehrere Gebührenschildner sind Gesamtschildner.

§ 3 Entstehen der Gebührenschild

- (1) Bei Grabnutzungsgebühren entsteht die Gebührenschild bereits mit der Begründung des Nutzungsrechtes für die gesamte Nutzungsdauer der Grabstätte oder bereits mit der Verlängerung des Nutzungsrechtes für den Zeitraum der gesamten Verlängerung der Grabstätte.
- (2) Bei sonstigen Benutzungsgebühren entsteht die Gebührenschild mit der Inanspruchnahme der jeweiligen gebührenpflichtigen Leistung.
- (3) Bei Verwaltungsgebühren entsteht die Gebührenschild mit der Vornahme der Verwaltungshandlung.

§ 4 Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung zu Gebühren erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Benutzung des Friedhofes untersagen und Leistungen verweigern, sofern ausstehende Gebühren nicht entrichtet worden sind oder eine entsprechende Sicherheit nicht geleistet ist.
- (3) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 5 Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren

- (1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.
- (2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch den Gebührenschuldner oder die Gebührenschuldnerin zu erstatten.
- (3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat der Vollstreckungsschildner oder die Vollstreckungsschildnerin zu tragen.

§ 6 Gebührentarif

- I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:
 1. **Wahlgrabstätte:**

Für 30 Jahre – je Grabstelle –:	825 Euro
Verlängerungsgebühr- je Grabstelle je Jahr:	27,50 Euro
 2. **Urnenwahlgrabstätte:**

Für 20 Jahre – je Grabstelle:	600 Euro
Verlängerungsgebühr- je Grabstelle je Jahr:	30 Euro
 3. **Gemeinschaftsreihengrabstätte für Erdbestattungen „Pflegefrei“**

- Unter Wiese/ am Baum / unter Bepflanzung

Für 30 Jahre inkl. Pflege und Grabmal/Plakette

– je Grabstelle: 2.550 Euro
 4. **Gemeinschaftsreihengrabstätte für Urnenbestattungen „Pflegefrei“**

- Unter Wiese/ am Baum / unter Bepflanzung

Für 20 Jahre inkl. Pflege und Grabmal/Plakette

– je Grabstelle: 1.500 Euro
 5. **Urnenwahlgrabstätte für Ehepaare „Pflegefrei“**

(einmaliger Nachkauf nach Tod des zweiten Partners möglich)

Für 20 Jahre inkl. Pflege und Grabmal/Plakette

– je Grabstelle: 1.500 Euro

Verlängerungsgebühr- je Grabstelle je Jahr:	75 Euro	1. für eine Erdbestattung – für Verstorbene ab dem 6. Lebensjahr:	740 Euro
6. Baumwahlgrabstätte für Ehepaare für Erdbestattungen „Pflegefrei“ (einmaliger Nachkauf nach Tod des zweiten Partners möglich) Für 30 Jahre inkl. Pflege und Grabmal/Plakette – je Grabstelle:	2.550 Euro	2. Für eine Erdbestattung – für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	nach Aufwand
Verlängerungsgebühr- je Grabstelle je Jahr:	85 Euro	3. für eine Urnenbestattung:	450 Euro
7. Gemeinschaftsurnengrabstätte Dies Grabstätte wird über die gesamte Laufzeit von 20 Jahren von einem Gärtner gestaltet und gepflegt. Alle Grabsteine und die Bepflanzung sind von Beginn an vorhanden. Das Denkmal kann individuell gestaltet werden.		III. Verwaltungsgebühren:	
a. Grabstele nach freier Wahl (innerhalb des Gemeinschaftsfeldes I/174) Material Granit, alle Seiten poliert	1.348,27 Euro	1. Prüfung und Genehmigung der Anzeige zur Aufstellung eines liegenden Grabmals	28 Euro
b. Gärtnerische Pflegekosten pro Jahr der Nutzungszeit	90 Euro	2. Prüfung und Genehmigung der Anzeige zur Aufstellung eines stehenden Grabmals	113 Euro
c. Sonderkosten für die Herrichtung des Urnenplatzes für das Begräbnis	20 Euro	3. Überprüfung der Standsicherheit für mehrteilige Grabmale	85 Euro
Gestaltungsmöglichkeiten:		4. Für die laufende Standsicherheit (hierunter fallen nicht liegende Grabmale) – bei Verlängerung von Nutzungsrechten für jedes Jahr der Verlängerung	2,80 Euro
d) Beschriftung vertieft in den Stein eingearbeitet – für eine Person mit Vorname, Nachname, Geburts- und Sterbedaten	571,73 Euro	5. Für die Genehmigung von Skulpturen über 25 cm	28 Euro
e) Beschriftung mit Bronz Buchstaben und Bronz ezahlen – für eine Person mit Vorname, Nachname, Geburts- und Sterbedaten	671,73 Euro	6. Verwaltungsaufwand bei Teilung einer Grabstätte	50 Euro
8. Kindergräber		V. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer/Friedhofskapelle:	
a) für Kinder bis zu 5 Jahren für 20 Jahre je Stelle	380 Euro	1. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer je Bestattungsfall:	165 Euro
b) Verlängerungsgebühr- je Grabstelle je Jahr	19 Euro	2. Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle je Bestattungsfall:	295 Euro
9. Zusätzliche Bestattung einer Urne in einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstätte gemäß § 11 Absatz 6 der Friedhofsordnung:		3. Urnenbeisetzung ohne Nutzung der Friedhofskapelle	100 Euro
a) eine Gebühr gemäß Nummer 9 zur Anpassung an die neue Ruhezeit und		3a. Erbeisetzung ohne Nutzung der Friedhofskapelle	100 Euro
b) eine Gebühr gemäß Abschnitt II. Nummer 1,2 oder 3.		4. Sondernutzung der Friedhofskapelle ohne Heizung für drei Tage	nach Aufwand
10. Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung von Nutzungsrechten (gem. § 13 Absatz 2 FO) ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht verlängert wird, 1/20 bzw. 1/30 der Gebühren nach Nummern 1, 2,5 und 6 zu entrichten.		5. Sondernutzung der Friedhofskapelle mit Heizung für drei Tage	nach Aufwand
Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren möglich.		§ 7	
Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechtes wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.		Leistungen, für die kein Gebührentarif vorgesehen ist, werden von der Friedhofsverwaltung nach dem jeweiligen Aufwand berechnet.	
II. Gebühren für die Bestattung:		§ 8	
Für das Ausheben und Verfüllen der Gruft, sowie das Abräumen der überflüssigen Erde:		Inkrafttreten, Außerkrafttreten	
		(1) Diese Friedhofsgebührenordnung tritt nach ihrer Genehmigung am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.	

(2) Mit Inkrafttreten dieser Friedhofsgebührenordnung tritt die Friedhofsgebührenordnung in der Fassung vom 19. Januar 2012, sowie deren Ergänzungen und Änderungen außer Kraft.

Dissen, den 15.04.2020

Der Kirchenvorstand:

(Siegel)

Biewener
(Vorsitzende)

Pn. Holsing
(weiteres Mitglied)

Die vorstehende Friedhofsgebührenordnung wird hiermit gemäß § 66 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, Absätze 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 22.04.2020

Der Kirchenkreisvorstand:

(Siegel)

Kusserow
(Oberkirchenrat)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 9, 15. Mai 2020

Herausgegeben vom Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück.

Zur Veröffentlichung bestimmte Bekanntmachungen sind zu richten an den Landkreis Osnabrück - Fachdienst 1 - Service - Postfach 25 09, 49015 Osnabrück - Druck und Verlag: B. Ad. Rieke, Postfach 13 06, 49589 Bersenbrück. Das Amtsblatt erscheint 14tägig, in der Regel Mitte und Ende eines jeden Monats.

Laufender Bezug und Einzelstück durch den Verlag. Bezugspreis: bis 12 Seiten € 1,60, je weitere 2 Seiten € 0,15 brutto mehr; zuzüglich € 2,05 Versandkosten.